

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, werte Vertreter der Presse

heute sollen wir über den Baubeschluss für das Zukunftsforum Oberkochen, über weitere Vergaben, über zusätzliche Kommunikationsmaßnahmen und letztlich über die Fortführung eines Projekts entscheiden, dessen finanzielle und konzeptionelle Tragweite weit über die heutige Sitzung hinausreicht. Aus unserer Sicht bestehen weiterhin erhebliche Zweifel, die gegen eine Zustimmung sprechen.

Wir haben dieses Vorhaben von Anfang an klar und konsequent abgelehnt.

Die nun vorgelegten Zahlen bestätigen unsere bereits damals geäußerte Kritik.
Die Gesamtprojektkosten liegen bei 21,7 Millionen Euro, die jährlichen Folgekosten liegen bei ca. 1,14 Mio. €, davon entfallen auf Personal und Unterhalt ca. 650.000 €.

Verwunderlich ist das bei einem Gebäude für 21,7 Mio. € der Generalplaner alleine ca. 4,5 Mio. € veranschlagt.

Der Landkreis will in den ersten acht Betriebsjahren jährlich 100.000 Euro Betriebszuschuss leisten. Dazu kommen weitere Fördermittel, aber lassen Sie uns klarstellen: Diese „Zuschüsse“ aus Kreis, Land und EU sind keine Geschenke.

Es sind umverteilte Steuergelder. Es ist das Geld der Bürger, das an anderer Stelle fehlt und man muss sich die Frage stellen, ob dieses Projekt tatsächlich die beste Verwendung knapper öffentlicher Mittel darstellt?!

Der Steuerzahler finanziert hier weiterhin ein Prestigeprojekt, das von grüner und linker Ideologie getrieben wird. Begriffe wie „Green Tech“, „Bioökonomie“, „ökologische Intelligenz“ und „nachhaltige Innovationen im Holzbau“ klingen im Regierungsjargon nach Spitzentechnologie. In der Realität handelt es sich um ein teures Gebäude mit zweifelhaftem Nutzungskonzept, dessen tragfähige Auslastung und wirtschaftlicher Mehrwert für die Region nicht überzeugend dargelegt sind.

By the way „Zurück zum Deckenventilator“ anstatt leistungsfähiger Klimatechnik“ ist für uns kein „High-Tech Gebäude“.

Wir haben in unseren Stellungnahmen und Haushaltsreden immer wieder betont: Oberkochen braucht keine ideologisch aufgeladenen Leuchttürme, sondern funktionale Investitionen. Die Gelder, die hier gebunden werden, wären bei der Verkehrsinfrastruktur in und um Oberkochen besser aufgehoben – städtisch und landesseitig.

Wir erkennen ausdrücklich das Engagement an, das alle Beteiligten für die Erlangung der Fördergelder gezeigt haben. Gleichzeitig hätten wir uns gewünscht, dass ein vergleichbares Engagement auch bei den wirklich dringlichen Infrastrukturprojekten – insbesondere der B19-Kochertalbrücke und der B19-Südrampe – sichtbar geworden wäre. Diese Projekte sind für Oberkochen von zentraler Bedeutung und betreffen die Bürger unmittelbar.

Mit einem solchen Prioritätensetting gefährdet man langfristig die Leistungsfähigkeit unserer prosperierenden Wirtschaft. Genau deshalb müssen diese drängenden Themen ganz oben auf die Prioritätenliste – klar, konsequent und ohne weitere Verzögerung.

Kommen wir zurück zu den Steuergeldern: sie wären besser investiert in die Stärkung der vorhandenen Wirtschaft, in Straßen, in Sanierungen und in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Stattdessen wird ein zentraler, ortskernnaher Standort in der Dreißentalstraße für dieses Projekt blockiert. Eine Prime-Lage, die für Wohnraum oder andere dringend benötigte Nutzungen wesentlich besser geeignet wäre.

Besonders verwunderlich ist der Versuch, das Projekt nachträglich an die Programme der neuen Bundes- und Landesregierung anzudocken. Der grundsätzliche Beschluss fiel am 31. März 2025 – lange bevor die sogenannte „Hightech Agenda Deutschland! im Sommer 2025 beschlossen wurde und lange bevor die neue grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg nach der Landtagswahl 2026 ihren Koalitionsvertrag vorlegte. Der Bezug auf „Grüne Zukunftstechnologien“ und die „Green-Tech-Allianz“ wirkt daher konstruiert und rückwirkend. Man sucht nach politischer Rechtfertigung für ein Vorhaben, das man bereits beschlossen hatte, bevor die entsprechenden Programme existierten.

Mit der geplanten *Servicestelle Bürgerdialog* soll das Zukunftsforum begleitet werden. Sie sprechen von Transparenz und frühzeitiger Einbindung – doch unter *frühzeitig* verstehen wir etwas anderes. Vor allem, weil diese externe Begleitung weitere 100.000 € Steuergeld kosten soll.

Herr Bürgermeister, es ist positiv, dass Sie erkannt haben, wie wichtig Bürgerbeteiligung bei Projekten dieser Größenordnung ist.

Noch besser wäre es gewesen, wenn bereits Bürgermeister Traub vor dem Projektstart eine Einwohnerversammlung nach § 20a GemO einberufen hätte – so wie es bei wichtigen Gemeindeangelegenheiten vorgesehen ist.

Wir hatten gehofft, dass Sie unserem Antrag zustimmen und die Entscheidung in die Hand des Souveräns legen.

Wir als AfD haben von Beginn an darauf hingewiesen, dass dieses Projekt Steuergelder und Ressourcen bindet, während Oberkochen dringend funktionale Projekte braucht: Wohnraum, Infrastruktur, Sanierungen. Ein möglicherweise leerstehendes oder dauerhaft defizitäres Prestigegebäude wäre kein Zeichen von Excellence, sondern ein Denkmal für Steuergeldverschwendung.

Deshalb lehnen wir den gesamten Beschlussvorschlag in allen Punkten ab.

Wir fordern, das Projekt zu stoppen und die Mittel dort einzusetzen, wo sie den Bürgern und der vorhandenen Wirtschaft in Oberkochen tatsächlich nützen.

Vielen Dank